

Stellungnahme der UWA-Fraktion zum Haushaltsplanentwurf 2016

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
meine Damen und Herren des Gemeinderates,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Ostfalk,

Klagen und Jammern ändert nichts. Nur Handeln und der Wille zur Veränderung bewirken etwas zum Besseren.

Wenn wir Problemen aus dem Weg gehen und uns davor drücken, sie anzupacken, dann bleiben wir schwach bzw. werden immer schwächer und sind immer weniger in der Lage, unsere Probleme zu lösen.

Ein Problem wird erst zu einem, wenn wir es nicht lösen können. Vorher ist es nur ein Rätsel, das es zu lösen gilt.

Lösen wir die Rätsel gemeinsam!

Flächen sparen – Land bewahren!

Das Flächensparen – die Reduzierung der Neuinanspruchnahme von Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke – ist eines der zentralen Nachhaltigkeitsziele der Bundesregierung.

Die Bedeutung der Innenentwicklung für eine nachhaltige flächensparende Siedlungsentwicklung wird von politischer Seite mit Nachdruck vertreten und ist fachlich unumstritten. Eine wesentliche Voraussetzung für die Mobilisierung von Innenentwicklungspotenzialen (IEP) ist eine fundierte Kenntnis der Flächenpotenziale innerhalb bestehender Siedlungsgebiete.

„In Baulücken schläft ein ganzes Wohngebiet.“ Die Schlagzeile aus der Waiblinger Kreiszeitung (26.10.2007) umschreibt plakativ ein zentrales Motiv für nachhaltiges Flächenmanagement in den Kommunen.

Um den Rathäusern das Kartieren und Planen schmackhaft zu machen, lockt das Land seit 2010 mit Zuschüssen: Rund 4,6 Millionen Euro wurden seither im Förderprogramm „Flächen gewinnen durch Innenentwicklung“ verteilt. Das hat es 200 Gemeinden, Landkreisen und Nachbarschaftsverbänden erleichtert, ihre Kerngebiete weiterzuentwickeln – so berichten die Stuttgarter Nachrichten am 14.1.2016. Da könnte Auenwald doch partizipieren oder?

Frage: Kennt die Gemeindeverwaltung alle Freiflächen innerhalb des Gemeindegebietes? Falls ja, so ist dies dem Gemeinderat zur Verfügung zu stellen. Falls nein, so beantragen wir eine solche Erhebung.

Sogar die CDU schreibt: Damit die Landschaften in Baden-Württemberg ihre Funktionen weiterhin erfüllen können, treten wir für eine gezielte Steuerung des Flächenverbrauchs ein. Um den Flächenverbrauch zu reduzieren, ist es zum Beispiel notwendig, in Städten und Dörfern der Innenentwicklung Priorität zu geben und Fördermittel durch Bund und Land bereit zu stellen. Notwendige Ausgleichsmaßnahmen dürfen nicht nur auf landwirtschaftlichen Flächen vorgenommen werden. Ausgleichsflächen sollten durch Landwirte gepflegt werden!

Die Landschaft Baden-Württembergs zeigt, wie gut Mensch und Natur im Einklang miteinander leben. Auch hier werden wir weiterhin einen vernünftigen und nachhaltigen Ansatz anstreben. Wir bekennen uns dazu, den Flächenverbrauch sinnvoll einzudämmen, um der Landwirtschaft und der Natur den nötigen Raum zu erhalten. Wir wollen bei der Wohnbebauung – unter Berücksichtigung regional unterschiedlicher demographischer Entwicklungen – per Saldo die „Null“ erreichen.

Antrag: Innerhalb der Abrundungssatzung der Teilorte macht die Gemeinde von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch. Über die Inanspruchnahme entscheidet der Gemeinderat.

Staatliche Anreize sind ein wesentlicher Grund für den anhaltenden Landschaftsverbrauch. In der Hoffnung auf die Ansiedlung neuer Gewerbebetriebe und die Schaffung neuer Arbeitsplätze weisen viele Kommunen – angetrieben von der Aussicht auf steigende Einnahmen aus der Gewerbesteuer und oft unterstützt durch staatliche Fördermittel – großzügig Gewerbegebiete aus. Betriebsverlagerungen auf neue Flächen werden selbst dann gefördert, wenn sie insgesamt keinen Zuwachs an Arbeitsplätzen bringen. Häufig gehen Arbeitsplätze, die an einem Ort geschaffen werden, andernorts verloren.

Der ungebrochene Landschaftsverbrauch hat gravierende Umweltfolgen: Neben der unmittelbaren Schädigung und dem Verlust fruchtbarer Böden wird der Wasserhaushalt beeinträchtigt, mit der Folge einer wachsenden Hochwassergefahr und einer gestörten Grundwasserneubildung.

Wir lehnen eine Erweiterung der Gewerbeflächen Anwänder in Mittelbrüden – auf bestem landwirtschaftlichem Boden absolut ab. Hier müssen wir weniger wertvolle Flächen finden. Zwei Vorschläge haben wir bereits vorgelegt.

Wir beantragen die Mittel für eine Erweiterung der Gewerbeflächen – außer Anwänder – im Haushalt zu belassen.

Weiterhin beantragen wir: Dem Gemeinderat ist bis 31. März 2016 eine Liste und ein Plan der gemeindeeigenen Grundstücke und Gebäude vorzulegen. Im April ist das Thema – Verwendung der gemeindeeigenen Grundstücke / Gebäude – auf die Tagesordnung zu nehmen.

Grundversorgung im Bereich Lippoldweiler, Ebersberg, Hohnweiler, Däfern

Endlich gelingt es im Bevölkerungsschwerpunkt der Gemeinde Auenwald eine örtliche Lebensmittelversorgung zu sichern. Ein langer Anlauf findet nun Ende des Jahres sein Ende.

Es liegt nun an uns Verbraucher, ob das Lebensmittelvollsortiment auch angenommen wird. Wünschen wir uns alle das Beste.

Im Mitteilungsblatt vom 11. Februar 2016 steht, dass das Projekt Straßenbau, Kreisverkehr, neue und barrierefreie Busbuchten und Verbesserung der Wasserversorgung rund 700.000 € kosten würde.

Frage: Weiß die Verwaltung bereits, dass die Maßnahme 10 % mehr kosten wird als der Gemeinderat am 23. November 2015 bei der Vergabe beschlossen hat?

Zentrale Aufenthaltsplätze in den Dorfmitten

Frau Rückert - sie haben ja sicherlich im Namen der BWA gesprochen - erinnern Sie sich noch an diesen Punkt in Ihrer Haushaltsrede vom 22. Februar 2010? Dort führten Sie aus: *Für ältere Leute ebenso wie für jüngere ist ein zentraler Treffpunkt, der einladend gestaltet ist in den jeweiligen Dorfmitten wünschenswert. Mit wenig Mitteln könnte ein Schach- oder Mühlespiel mit ein paar Bänken im Kreis aufgestellt werden, auf denen sich ältere Mitbürger auch einmal ausruhen können. Zurzeit sind die Dorfmittelpunkte eher verkehrsgerecht, als menschengerecht gestaltet.*

Kaum kommt es zum Schwur, wie in der Ortsmitte von Däfern und schon sind die Worte Makulatur oder wie dr Schwob so secht: **"Was goht mi mei saudomms G'schwätz vorgeschtern a?"**

Im Ernst - der Ortsmittelpunkt wird geopfert für einen Parkplatz und es wird versucht die UWA in die Rolle der Behinderung der erfolgreichen Firma Rogatti abzustempeln. Sorry, der Erfolg oder Misserfolg einer Firma hängt mit Sicherheit nicht an 17 Parkplätzen.

Wie es anders gehen kann zeigt die Gemeinde Ettenheim. Im Rahmen der intensiven Beratungen zur Stadterneuerung in den 90er Jahren, wurde auch erwogen, auf dem Gelände des damaligen "Kopp'schen Gartens" Parkplätze zur Entlastung der Innenstadt zu schaffen. Dieser Gedanke löste in der Bürgerschaft heftige Diskussionen aus und führte schließlich zur Gründung des "Freundeskreis Prinzengarten Ettenheim e.V." im Jahre 2001.

Solch intensive Beratungen hätten wir uns auch gewünscht um für beide – Allgemeinheit und Firma – das beste Ergebnis zu erreichen und nicht auf die Schnelle zu entscheiden. Letztendlich haben wir eine teure Dorfentwicklung Däfern (örtliches Entwicklungskonzept) durchgeführt und haben am Ende in der Dorfmitte einen Parkplatz. Dies war mit Sicherheit nicht Ziel der Dorfentwicklung Däfern. Als Maßnahme wurde definiert: *Besonders hervorzuheben ist die gestalterische Verbesserung des Bereichs um die Bushaltestelle. Hier soll ein „Dorfplatz“ entstehen.* Ganz in diesem Sinne sind wir wieder bei den Aussagen der BWA aus 2010. Sie wollten eine menschengerechte Gestaltung und haben nun eine verkehrsgerechte Gestaltung erreicht. In der Schule sagt man dazu: Thema verfehlt!

Ehrenamtliches Engagement in Auenwald

Macht es Sinn Ehrenamtliche Freizeit und Gehirnschmalz investieren zu lassen um am Ende des Tages als Gemeinderat zu sagen: April April, wir machen doch was anderes? Mitnichten ist dies der richtige Weg. Doch in Auenwald scheint dieses Usus zu sein. Beispiele gefällig? Obstlehrpfad, Gemeindeentwicklungskonzept, Radwegenetz, Seniorenausflüge, Scheune in Däfern. Hier wurden Ehrenamtliche animiert sich Gedanken zu machen, jedoch war der Gemeinderat nicht in der Lage den Ehrenamtlichen zu folgen. Warum wurden sie dann gefragt?

Ach so, im Falle der Scheune Däfern hat man es ja nur aus Liebe zu Herrn Dr. Weiß gemacht. Warum aus Liebe? Zu Beginn des Prozesses

wollte die BWA doch immer die Scheune zu verkaufen und hat dies am Ende auch durchgedrückt. Warum dann diese ganze Hinhaltenaktik? Bei den Beteiligten bleibt nur Frust, Verärgerung und die Erkenntnis an keiner ehrenamtlichen Aktion der Gemeinde Auenwald mehr teilzunehmen. So wird keine Anerkennungs- und Wertschätzungskultur für geleistetes Bürgerengagement systematisch aufgebaut.

Frage: Wann wird denn nun endlich die Scheune und das Wohnhaus – wie vom Gemeinderat überörtlich angeboten?

Unsere Forderung für die Zukunft: Bei jedem Agendaprozess nimmt ein Vertreter der Verwaltung teil. Er / Sie koordiniert die Arbeit, berichtet im Gemeinderat und stimmt die Richtung ab.

Streuobstlehrpfad

Dank unseres Antrages im Rahmen des Investitionsplanes wurden 3.000 Euro für einen Streuobstlehrpfad in den Haushalt aufgenommen. Auenwald ist Mitglied im Schwäbischen Mostviertel und im Umweltschutzplan Auenwald vom Mai 1996 ist zu lesen: *Die Gemeinde ist in der Pflicht dieses für Auenwald so prägende Landschaftselement auch auf ihren eigenen Grundstücken zu würdigen und durch vorbildliche Pflege und Bewirtschaftung sowie durch äußerst sensible Bauerschließung die Gemeindeentwicklung im ökologischen Sinne voranzutreiben.*

In diesem Papier aus dem Jahre 1996 ist auch nachzulesen: *Als weitere Aktivierung des Interesses an den Früchten der Obstwiesen ist eine Erzeugergemeinschaft und gemeinsame Vermarktungsstrategien zur Erzielung eines höheren Mostobstpreises anzustreben.*

Erinnert stark an die Aussagen in „Onser Ziel“ auf der Homepage des Schwäbischen Mostviertels.

Da hatte Auenwald weit vor den anderen eine Idee, doch die Umsetzung hat es wieder nicht gereicht und brauchte mal wieder Partner.

Antrag: Einrichtung einer Agendagruppe zum Thema Streuobstlehrpfad mit der Aufgabe – Vorschlag eines Lehrpfades oder/und Streuobstwiese, Vorschlag der Bepflanzung, Beschilderung, Informationstafeln – und Benennung eines Verwaltungsbeschäftigten als Teilnehmer und Organisator der Agendagruppe.

Schauweinberg

Die politische Mehrheit im Gemeinderat von Auenwald will keine Kosten in die Geschichte des Weinbaus am Ebersberg investieren. Das finden wir schade, da der Ebersberger Wein im 19ten Jahrhundert Goldpreise in London; Chicago; Paris und Wien erzielt hat. Aus diesem Grunde darf sich Auenwald auch heute noch Weinbaugemeinde nennen. Darauf sollten wir besonders stolz sein. Und es hätte sogar engagierte Bürger gegeben, die diesen Schauweinberg gepflegt hätten.

Auenwald ist nach der statistischen Tabelle der Broschüre "1.000 Jahre Weinbau Rems- Murr" die kleinste Weinbaugemeinde des Rems-Murr Kreises mit einem Hektar gemeldeter Fläche. Durch einen Traditionsweinberg am Ebersberg hätte die Gemeinde Auenwald sich zum Weinbau bekennen können.

Zumindest sollte die Verwaltung die Themen Schauweinberg und KulturLandschaftsZentrum Däfern aus dem Masterplan Landschaftspark Murr – Bottwartal streichen lassen. Sie haben die Themen dort ja platzieren lassen.

Anmerkung: Esslingen erhielt 2015 für einen Weinerlebnisweg - bestehend aus zwei Routen durch die Steillagen (Neckarhalde) durch den Verband Region Stuttgart 50.000 Euro.

Tourismus in Auenwald

Auenwald am Rande des Schwäbisch Fränkischen Waldes und als einzige Gemeinde nicht Mitglied in der Fremdenverkehrsgemeinschaft Schwäbischer Wald e.V. – passt dieses zusammen? Hat Auenwald nichts zu bieten? Keine **Auen**, keinen **Wald**? Gibt es bei uns keine Wandermöglichkeiten, keinen Stäffelesweg, kein Schloss, keine Rast- und Spielplätze, keinen Kultur-Landschaftsweg, nicht den größten Mammutbaum Deutschlands, keinen Wasserfall, keine vorzeigbare Gastronomie, keine Lambachpumpe? Kann kein sanfter Tourismus in Auenwald stattfinden? Wir meinen, hier ist unbedingt Nachholbedarf. Dies müsste eigentlich Chefsache sein, Herr Ostfalk. Machen Sie doch mal einen runden Tisch oder einen Infobrief an die ansässigen Wirte. Es sollte doch möglich sein, in einem der noch vorhandenen Gasthäuser wenigstens einen deftigen Naturparkteller zu genießen oder?

Antrag: Wir beantragen einen Vertreter der Fremdenverkehrsgemeinschaft Schwäbischer Wald in den Gemeinderat einzuladen und uns über dessen Aufgaben und Ziele zu informieren lassen.



Laut Forstrevier Oberbrüden soll der höchste Riesenmammutbaum/Wellingtonie (*Sequoiadendron giganteum* - 57,10 m – Umfang 4,64 m) Deutschlands in Oberbrüden an den Landschaftserlebnisweg Weissacher Tal über den Forstweg „Kalterbronnensträßle + Sauhagsträßle“ angebunden werden. Wie ist hier der Stand der Dinge? Andere Gemeinden – wie Welzheim oder Wüstenrot – werben mit ihren Giganten. Warum machen wir das nicht?

Wasser ist Menschenrecht

Am 28. Juli 2010 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen mit der Resolution 64/292 das Recht auf Wasser als Menschenrecht anerkannt. Einklagbar ist es jedoch nicht.

Das EU-Parlament hat beschlossen, die EU-Kommission möge einen konkreten Vorschlag unterbreiten, das Menschenrecht auf Wasser gemäß den UN-Richtlinien in der europäischen Gesetzgebung zu verankern. Das Votum des EU-Parlaments geht im Wesentlichen auf die entsprechenden Forderungen der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) „Wasser ist Menschenrecht – right2water“ zurück.

Die Versorgung mit dem Lebensmittel Wasser stellt ein elementares Grundbedürfnis der Bevölkerung dar und ist ein wesentlicher Bestandteil unseres hohen Lebensstandards. Dies kann im Augenblick nicht genug betont werden. Denn allenthalben suchen die „global players“ nach neuen lukrativen Spielzeugen. Sollte hierzu - wie bereits in vielen Teilen der Welt - auch unsere Versorgung ausersehen sein, dann würde dies zu einem Spiel mit unserer Gesundheit und mit unserer Umwelt. Wie dies eben ist bei „Spielernaturen“: Am Ende bliebe ein Trümmerfeld. Noch nie haben wirklichkeitsenthobene Ideologen und radikale Systemüberwinder zu Glück und Fortschritt der Menschen beigetragen.

Wer unsere - gerade in Auenwald - bewährten Versorgungsstrukturen für Wasser durch Privatisierung und Liberalisierung ersetzen will, der soll den davon betroffenen Menschen erklären, in welchem Punkt für sie aus einer solchen Umwälzung ein Vorteil entstehen soll.

Bisherige Erfahrungen jedenfalls geben dazu nichts her; durch Privatisierung wird die Trinkwasserversorgung insgesamt und auf die Dauer gesehen:

- nicht billiger für den Verbraucher,
- qualitativ nicht besser,
- nicht gesünder,
- nicht ökologischer,
- nicht kundenfreundlicher.

Klare Aussage unsererseits: Die Wasserversorgung ist einer der ureigensten Aufgabenbereiche der kommunalen Selbstverwaltung, gehört zu den Kernaufgaben der Daseinsvorsorge und dient der Sicherstellung der Trinkwasserversorgung zukünftiger Generationen. Der schnelle Gewinn, den ein Verkauf einbringen würde, wäre vermutlich rasch wieder verpulvert.

Klare Aussage: Die kommunale Wasserversorgung in Auenwald muss in kommunaler Hand bleiben! "Wasser ist ein öffentliches Gut für alle"

Was bedeuten Sätze wie: Vor dem Hintergrund der finanziellen Situation der Gemeinde sollte mit Blick auf das gemeindewirtschaftsrechtliche Gebot, dass die Wasserversorgung als wirtschaftliches Unternehmen einen Ertrag für den gemeindlichen Haushalt erwirtschaften soll, die gewinnlose Wasserversorgung für die Zukunft überdacht werden. Darüber hinaus sollte der Eigenbetrieb eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaften.

Bereits im letzten Haushalt standen ähnliche Sätze.

Herr Ostfalk: Kommen Sie endlich Ihrer Informationspflicht nach und sagen Sie uns und der Bevölkerung was dies unter dem Strich bedeutet. Fakten müssen auf den Tisch des Rates, damit wir uns ein Bild machen und auch entscheiden können.

Infrastrukturverfall oder vorbeugende Instandhaltung

Definition sagt: Die vorbeugende Instandhaltung umfasst Planung und Abwicklung von Instandhaltungsmaßnahmen grundsätzlich vor Eintritt eines bestimmten schadensbedingten Anlagenzustandes bzw. eines ungesteuerten Anlagenausfalls. Zu den Maßnahmen der vorbeugenden Instandhaltung zählen insbesondere Inspektion und Wartung. Aber auch vorbeugende Reparatur und vorbeugender Austausch oder sonstige vorbeugende Maßnahmen, wie z.B. Schutzanstriche oder Installation von Warneinrichtungen zählen zur vorbeugenden Instandhaltung.

Das scheint in der Gemeindeverwaltung nicht bekannt sein.

Antrag: Benennung eines Verwaltungsbeschäftigten der vierteljährlich den Umwelt- und Planungsausschuss schriftlich informiert über vorgesehene und erledigte Instandhaltungsarbeiten.

Instandhaltungsarbeiten_Auenwald				2016	
			Entscheidung		
Eingang	fällige Instandhaltung	wo	wer	wann	Erledigung
03.11.2014	Fenster und Tür streichen	Unterbrüden, Kaffeeberg			
	gebrochene Querstange am Geländer Im Gängle	Ebersberg, Im Gängle			15. Okt 15
	verrosteter Handlauf am Geländer	Ebersberg, Im Gängle			
03.06.2015	verrottete Fenster	Ebersberg, Altes Schulhaus Ebersberg			
	fehlendes Schneefanggitter	Ebersberg, Altes Schulhaus Ebersberg			
	Risse in der Straßenmitte	Lippoldsweiler, Im Stählfeld			

Es kommen sicherlich das ganze Jahr über auch von anderen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten und aus der Bevölkerung Hinweise. Diese Excel-Liste stellt nur ein ganz einfaches System dar wie die eingehenden Meldungen gesammelt und der Überblick für alle geschaffen werden kann.

Lärm innerorts

Lärm ist vielfältig und wird von jedem Menschen anders empfunden. Unter den verschiedenen Krachmachern rangiert der Verkehrslärm an

vorderster Front: Fast jeder fühlt sich gestört – ist aber gleichzeitig auch Verursacher.

Einen Rechtsanspruch auf Lärmschutz gibt es im bundesdeutschen Recht im Wesentlichen nur beim Neu- oder Ausbau von Straßen.

Natürlich könnten wir sagen, die Durchfahrtsstraßen sind Kreisstraßen, soll doch der was tun. So einfach können wir es uns als Kommune jedoch nicht machen. Wir weisen neue Baugebiete, Gewerbegebiete aus. Und wo fahren sie durch? Genau, durch die alten Ortskerne. Die dort wohnenden Mitbürgerinnen und Mitbürger müssen den Lärm aushalten.

Der BUND hat mit finanzieller Förderung vom Bundesumweltministerium und vom Umweltbundesamt ein Handbuch herausgegeben, das folgende Möglichkeiten aufzeigt:

Lärmmindernde Fahrbahnbeläge, Tempo 30, Reduzierung der Straßenbreite – Radspur, Kreisverkehr und vieles mehr.

Im Gemeindeentwicklungskonzept Auenwald 2025, ist auf Seite 151 zu lesen: *Verbesserung der Ortseingangssituationen zur Reduzierung der Einfahrtsgeschwindigkeiten und gestalterische Aufwertung.*

Nachdem in Hohnweiler ein neues Baugebiet Hauäcker im Gespräch ist und wir eine evtl. Erweiterung des Gewerbegebietes planen, beantragen wir für Hohnweiler eine Lärmminderungsplanung durchzuführen. Bei neuen Baugebieten ist entsprechend zu verfahren.

Idee: Neuordnung der Eingangssituation von Hohnweiler aus Richtung Oberweissach – bauliche Abrundung mit verkehrsreduzierender Maßnahme.

Aufgaben Bauhof/Geschäftsverteilungsplan/Stellenbewertung

Fremdvergabe Mähen der Sportplätze, Fremdvergabe der Pflege der Friedhöfe, Fremdvergabe des Winterdienstes – alles Aufgaben, die früher selbst erledigt wurden - da stellt sich die Frage: Welche Arbeiten führt der Bauhof noch durch?

Die Kolleginnen und Kollegen der BWA haben ja bereits mehrmals einen Geschäftsverteilungsplan der Verwaltung beantragt und Sie, Herr Bürgermeister Ostfalk, haben dies auch im letzten Jahr zugesagt.

Wir wollen nicht, dass dieses Thema weiterhin ausgesessen wird.

Entweder erhält der Gemeinderat bis Ende Juni 2016 die Unterlagen oder wir beauftragen die Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg in den Fragen der Organisation und Wirtschaftlichkeit, eine praxisnahe, sachgerechte und kostengünstige Beratung. Grundlage hierfür ist ein entsprechender Antrag der Kommunen (§ 2 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 GPAG i.V.m. § 114 Abs. 2 GemO) bzw. ein entsprechender Beratungsauftrag.

Antrag: Bis 30. Juni 2016 legt die Verwaltung den Geschäftsverteilungsplan mit Stellenbewertung dem Verwaltungs- und Finanzausschuss vor und stellt diesen Punkt auf die Tagesordnung der Sitzung im Juli.

Falls dieser Termin nicht eingehalten wird, beschließt der Gemeinderat die Beauftragung der Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg mit dieser Aufgabe.

Fälligkeitsprinzip

Mit der Haushaltsreform von 1969 wurde der Grundsatz der Kassenwirksamkeit eingeführt. Dies bedeutet: Nur solche Einnahmen und Ausgaben dürfen in den Haushaltsplan eingestellt werden, die auch in dem betreffenden Haushaltsjahr fällig werden.

Für uns bedeutet dies, dass wir vorgesehene Einnahmen und Ausgaben nicht jahrelang vor uns herschieben. Es muss doch gelingen, dass die Verwaltung in der Lage ist, das Programm auch umzusetzen. Ziel muss es sein Einnahmen- und Ausgabenreste zu vermeiden.

Antrag: Kostenüberschreitungen werden nicht mehr erst bei der Feststellung der Jahresrechnung im Nachhinein genehmigt, sondern müssen während des laufenden Jahres durch den Gemeinderat genehmigt werden.

Finanzen

Als wir in der BKZ vom 24.11.2015 lesen konnten: „*Auenwald, Einbruch in Rathaus*“ mutete dies wie ein Witz an. Räumlichkeiten wurden wohl nach Bargeld durchsucht, so im Artikel. Und rund 1.000 Euro Sachschaden verursachten die Einbrecher.

Hier kann es sich nur um völlig uninformierte Täter gehandelt haben. Ein Insider wüsste, dass in der Gemeinde Auenwald nichts zu holen ist.

Der Bund der Steuerzahler Baden-Württemberg schreibt: *Angesichts der sprudelnden Steuereinnahmen, der sinkenden Zinsverpflichtungen und der Überschüsse des Vorjahres ist die Nullverschuldung ein notwendiger Schritt, um vor allem künftige Generationen zu entlasten.*

Die Chefs der Rechnungshöfe haben einstimmig einen Aufruf erlassen, der die eindeutige Empfehlung enthält, dass eine neue Verschuldungsregel mit mehr „Biss“ geschaffen werden solle. Außer in wirtschaftlichen Krisenzeiten soll überhaupt keine Haushaltsfinanzierung durch Kredite erlaubt sein. Zugleich sei die Tilgung der in Krisenzeiten aufgenommenen Kredite schon bei der deren Aufnahme verbindlich zu regeln. Mittel- bis langfristig sind nach diesem Aufruf sogar Haushaltsüberschüsse anzustreben, damit begonnen werden kann, den bereits angehäuften Schuldenberg abzutragen.

Auch die CDU unkt: *Eine Finanzpolitik ohne neue Schulden steht für uns an erster Stelle. Die laufenden Einnahmen des Staates sollen die laufenden Ausgaben decken. Wir wollen den politischen Gestaltungsspielraum künftiger Generationen erhalten. Deshalb stehen wir für eine vorbehaltlose, uneingeschränkte Aufgabenkritik unter Einbeziehung demografischer Veränderungen.*

Wir setzen uns für eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen ein. Im Gegenzug gilt aber auch: Es darf heute nicht mehr auf Pump und damit zu Lasten der späteren Generationen finanziert werden. Daher setzen wir konsequent auf Nettoneuverschuldungsverbote und auf die Reduzierung vorhandener Schulden. Zitat Ende.

Wie können und müssen wir auf diese völlig neue Situation reagieren? Zwei unterschiedliche Wege sind dabei denkbar:

1. Wir hoffen auf baldige Besserung und machen entsprechend viele Schulden.
2. Wir leisten uns auch in Zukunft nur das, was wir in einem sehr überschaubaren Zeitraum bezahlen können und behalten das Ziel der Nullverschuldung weiterhin im Auge.

Diese zweite Strategie ist nach unserem Dafürhalten der einzig verantwortbare Weg. Er hat aber natürlich für uns derzeit in der Gemeinde politisch Verantwortliche weitreichende Konsequenzen. So ist es angenehmer, viele Verbesserungen versprechen und halten zu können, als mit Streichlisten Opfer von vielen oder allen zu verlangen, oder gar Abgaben, Gebühren und Steuern anheben zu müssen.

Und wohin entwickelt sich Auenwald?

Verschuldung Auenwald (HJ, Vorjahre, ohne Gewähr)				
	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016
Allgemeiner Haushalt	3'574.374	3'270.721	2'974.186	3'845.715
Verschuldung all. Haushalt pro Kopf/€	528	485	439	568
-	-	-	-	-
Eigenbetrieb Wasserversorgung	1'916.239	2'347.239	1'771.697	2'671.697
Verschuldung Wasserversorgung pro Kopf/€	283	347	262	394
Zweckverband BIZE (26,66 %)	212.067	170.641	129.214	87.787
Verschuldung pro Kopf/€	8	7	5	3
Zweckverband Abwasserklärwerk (36%)	772.135	732.217	681.872	881.521
Verschuldung pro Kopf/€	41	39	36	47

Zweckverband Hochwasserschutz (37%)	815.000	1'162.000	1'303.946	1'811.838
Verschuldung pro Kopf/€	45	64	71	99
Geamtverschuldung Auenwald pro Kopf/€	905	942	813	1.111

Neuverschuldung in 2016 = 960.000 Euro, 2017 = 2,2 Mio Euro, 2018 = 1,2 Mio Euro und 2019 = 400.000 Euro und das bei weiterhin reichlich sprudelnden Steuereinnahmen.

Natürlich kann man das überpinseln mit dem Hinweis – ich zitiere: *Das Jahr 2016 kann insofern als ein Übergangsjahr bezeichnet werden, in dem durch sinnvolle Investitionen das Gerüst für eine künftige Reduzierung der Schuldenlast gelegt wird.* Zitat Ende.

"Die Gemeinde hat ihre Haushaltswirtschaft so zu planen und zu führen, dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist Die Haushaltswirtschaft ist sparsam und wirtschaftlich zu führen." So beginnt die Gemeindeordnung von Baden-Württemberg zur Haushaltsplanung und Haushaltswirtschaft. Aufgabe der Kämmerers ist es, zu mahnen, uns auf Risiken und Fehlentwicklungen in unserer Haushaltswirtschaft frühzeitig hinzuweisen und, wie zu Beginn aus der Gemeindeordnung zitiert, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit einzufordern.

Das vermischen wir im vorliegenden Haushalt 2016 seitens Kämmerei und Verwaltungsspitze.

Wir planen Dinge die wir uns eigentlich gar nicht leisten können, trotz „erhöhter Ausschöpfung der Fördermöglichkeiten des Landes und des Bundes“, so ihre Aussagen Herr Gassl und Herr Ostfalk.

Antrag: Spätestens im April 2016 wird dem Verwaltungs- und Finanzausschuss eine gesamtheitliche Betrachtung der Finanzen für die nächsten 5 Jahre vorgelegt und auf die Tagesordnung gesetzt. Hierbei ist auch darzulegen wie ein Schuldenabbau kurz-, mittel- und langfristig vonstattengehen kann.

Frage: Schon mal was von Haushaltskonsolidierung gehört?
Haushaltskonsolidierung bedeutet demnach, Schuldentilgung und Kreditaufnahmen so zu gestalten, dass die dauerhaft bestehenden

öffentlichen Schulden (strukturelles Defizit) mittelfristig verringert werden bis zum ausgeglichenen Haushalt.

Wann wird dies in Auenwald sein? Um hier einzusteigen ist Voraussetzung, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern sagen wie es um die Finanzen von Auenwald steht und was wir uns wirklich leisten können.

Können wir uns das wirklich leisten?

Allwettersportplatz / Mehrzweckhalle

Bei L-TV können Sie einen Werbespot über die Gemeinde Auenwald sehen und am Ende spricht auch Bürgermeister Ostfalk. Großmündig wird von einem benötigten Allwettersportplatz geredet. Eigentlich sollten Sie wissen, dass generell gilt, die Errichtung eines Sportplatzes zählt zu den "freiwilligen Aufgaben" einer Gemeinde. Je knapper das Geld wird (die Gemeinde Auenwald zählt nicht gerade zu den finanzstärksten Gemeinden), desto mehr geraten gerade die freiwilligen Leistungen in Bedrängnis.

Für uns gilt zunächst das Prinzip der Subsidiarität, das bedeutet: **Aufgaben, Handlungen und Problemlösungen sollten so weit wie möglich vom Einzelnen, von der kleinsten Gruppe oder der untersten Ebene einer Organisationsform unternommen werden. Nur wenn dies nicht möglich ist, mit erheblichen Hürden und Problemen verbunden ist oder der Mehrwert einer Zusammenarbeit offensichtlich ist und diese eine allgemeine Zustimmung erfährt, sollen sukzessive größere Gruppen, öffentliche Kollektive oder höhere Ebenen einer Organisationsform subsidiär, das heißt unterstützend, eingreifen.**

Eine solide Haushaltsführung ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche kommunale Selbstverwaltung. Unser Bestreben ist nicht Sparen um des Sparens willens, sondern wir wollen die kommunalen Leistungen und Angebote für unsere Bürgerinnen und Bürger kostengünstig und effizient bereitstellen. Der Blick auf die Folgekosten bewahrt kommende Generationen vor zu hohen Lasten. Deshalb setzen wir uns dafür ein,

kommunale Investitionen mit Schulden nur dann zu finanzieren, wenn sie langfristig Nutzen für unsere Gemeinde bringen.

Weiterhin können wir hören, dass eine Mehrzweckhalle in Hohnweiler geplant sei, es gibt ja eventuell Fördergelder aus Berlin aus dem Topf Zukunftsinvestitionsprogramms. Immerhin locken ja 45 % Zuschuss. Für die Gemeinde Auenwald wären immer noch 2,2 Millionen Euro zu finanzieren. Aus unserer Sicht benötigen wir eine Sporthalle für die Grundschule und den Trainingsbetrieb der Vereine, eine Mehrzweckhalle haben wir mit der Auenwaldhalle und eine Wettkampfhalle in Oberbrüden.

Bis dato gibt es noch keine Antwort der Verwaltung wie wir uns einen Allwettersportplatz von 600.000 Euro und für schlappe 4 Millionen Euro eine Mehrzweckhalle leisten können.

Kleine Anmerkung, bis dato waren keine Mittel vorhanden um die verfaulten Fenster am alten Schulhaus zu ersetzen.

Solange wir uns die dringenden Instandsetzungsarbeiten nicht leisten können - oder wollen wir nur nicht? – solange können wir uns auch keine Millioneninvestitionen leisten, sagt der gesunde Menschenverstand.

Albert Einstein sagte mal: „Die reinste Form des Wahnsinns ist es, alles beim Alten zu belassen und zu hoffen, dass sich etwas ändert.“

Das müssen / sollten wir aus unserer Sicht gemeinsam angehen!

Strukturelle Änderung in Auenwald

Sehr überrascht waren wir vom Vorschlag aus den Reihen der BWA zur Zusammenlegung der Infrastruktur in Auenwald. Überrascht waren wir insbesondere bei dem Thema „Änderung der Friedhofsatzung“. Im Grunde ging es um eine Gebührenerhöhung, denn die Kommunalaufsicht fordert einen Deckungsgrad von 60 – 70 %. Für uns

ist klar, dass die Entscheidungen zu den Friedhoferweiterungen in Ober- und Unterbrüden, die Erweiterungen der vier Leichenhallen nun ihren Tribut fordern. Die von der Verwaltung präferierte Erhöhung auf 60 % ist absolut erforderlich. Wir hatten erwartet, dass sich die BWA ihrer kommunalpolitischen Verantwortung bewusst ist und einer Erhöhung auf 60 % Deckungsbeitrag zustimmt. Absolut baff waren wir, dass die Kolleginnen und Kollegen kniffen und unsere angekündigte Enthaltung zum Anlass nahmen das Thema zu vertagen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, warum haben Sie uns bei der Beratung zu den Erweiterungen der Friedhöfe nicht ernst genommen, warum konnten wir unsere Vorschläge nicht präsentieren? Warum haben Sie uns gnadenlos niedergestimmt?

Heute, wo es um eine negative Entscheidung für die Bürgerinnen und Bürger von Auenwald ging, ja da sollen wir mitstimmen – nach dem Motto: Positive Entscheidungen trägt die BWA, nur die BWA alleine – negative Entscheidungen trifft immer der gesamte Gemeinderat. Liebe Kolleginnen und Kollegen der BWA, wer A sagt muss auch B sagen. Im zweiten Anlauf sind nun ihrer Verantwortung nachgekommen.

Welche Auswirkungen hätte überhaupt eine Zusammenlegung der Friedhöfe auf die Gebühren? In den nächsten 30 Jahren überhaupt keine. Die Anlagen sind da und werden auf 50 Jahre abgeschrieben, die belegten Gräber haben eine Nutzungsdauer von 25 Jahren - bei Doppelbelegung sogar wesentlich länger, die Anlagen müssen weiterhin gepflegt werden. Was bringt dann überhaupt eine Zusammenlegung? Was machen wir dann zukünftig mit den Friedhofsplätzen? Hier fehlt uns das Konzept der BWA.

Einsparungspotential wäre doch auch die extern vergebene Grünpflege wieder durch den Bauhof ausführen zu lassen, denn dies wäre billiger.

Was kurzfristig Kosten sparen würde, wäre das Thema Kindergarten in Unterbrüden. Doch hier will die BWA nicht. Warum? Aus Rücksicht auf einzelne Personen?

Kindergarten

Leider wurde unser Antrag im Investitionsplan eine Machbarkeitsstudie Familienzentrum Unterbrüden mit dem Ziel „Zusammenlegung Stockrain und Brückenweg am Brückenweg und Ausbau zum Familienzentrum – 10.000 €“ - nicht angenommen.

Zwecke dieser Machbarkeitsstudie sollten sein:

- Verhindern von Fehlinvestitionen
- Identifizierung des optimalen Lösungswegs
- Identifizierung von Risiken

Ergebnisse dieser Machbarkeitsstudie sollten sein:

- Analysen und Bewertungen der betrachteten Lösungswege
- Entscheidungsmöglichkeiten mit dokumentierten Chancen und Risiken
- **Empfehlung für eine Entscheidung des Gemeinderates**

Begründung:

1. Die Kindergärten in Lippoldweiler, Oberbrüden und Brückenweg zeichnet aus, dass sie in unmittelbarer Nähe zu einer Sporthalle, einer Grundschule und der freien Natur stehen
2. auf einer Ebene aufgebaut sind (keine zusätzlichen Sicherungen, Treppen, Fluchttreppen u.ä.)
3. Freiräume haben
4. Parkplätze in unmittelbarer Nähe vorhanden sind

Alles dies spricht nicht für den Kindergarten Stockrain (keine Parkplätze, eingengt in ein Wohngebiet, Betrieb über mehrere Stockwerke, Fluchtwege fehlen, langer Weg zur Sporthalle). Bedeutet auch bei Krankheit Vertretungen zwischen Brückenweg und Stockrain zu organisieren.

5. Wir leisten uns zwei Kindergärten in Unterbrüden, dem kleinsten Wohnort von Auenwald! (Lippoldweiler = 2.706 Einwohner, Unterbrüden = 1.884, Oberbrüden mit Mittelbrüden = 2.159 – Gesamt 6.749 Einwohner)
6. Aufbau eines Familienzentrums wäre dann möglich
7. Senkung der laufenden Kosten im Verwaltungshaushalt

Interkommunale Zusammenarbeit

Renate Gräf schreibt in ihrer Diplomarbeit: *Durch Finanzprobleme, demografische, technische, gesellschaftliche und politische Entwicklungen stehen die Gemeinden vor einer großen Herausforderung. Einerseits gehen die Einnahmen zurück, andererseits nehmen der Leistungsumfang und die Anforderungen der Bürger zu. Vor diesem Hintergrund sind die Gemeinden gefordert, nach innovativen und strategischen Lösungen zu suchen. Eine Möglichkeit bietet die gemeindeübergreifende Kooperation, bei der benachbarte Gemeinden durch interkommunale Zusammenarbeit die neuen Entwicklungen gemeinsam effizienter und effektiver erfüllen können.*

Unser Vorschlag: Gespräche mit den Weissachertalgemeinden – Allmersbach und Weissach – zu führen zur

- Gründung eines Zweckbetriebes Bauhof Weissacher Tal

Die guten Erfahrungen mit den seitherigen Zweckverbänden und die Einsparungen bei Dreifachbeschaffung von Geräten lassen deutliche Einsparungen erwarten.

Vorteile der Zusammenarbeit wären:

Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit

- Die Maschinen und Geräte können durch bessere Auslastung wesentlich effizienter eingesetzt werden
- Verbrauchsmaterial kann in größeren Mengen günstiger beschafft werden
- Der größere Personalbestand ermöglicht einen flexiblen Personaleinsatz und die leichtere Abdeckung von Belastungsspitzen
- Durch die Beschäftigung verschiedener Facharbeiter (Maurer, Zimmerer, Mechaniker, etc.) können viele Arbeiten schnell und wirtschaftlich durch eigenes Personal erledigt werden
- Schnellere und bessere Abwicklung von Bauprojekten (Straßenerhaltung)

Ein Beispiel in unserer Nähe: Murrhardt und Sulzbach führen einen Zweckverband Bauhof seit 1997.

Flüchtlinge/Asylsuchende

Fremdenfeindliche Aussagen, ein Anstieg der Kriminalität wird erwartet, Übergriffe auf Mädchen werden befürchtet – ja sogar der Untergang des Abendlandes wird hinausposaunt. Manche wollen an der Grenze wie zu DDR-Zeiten wieder schießen lassen. Andere wollen wieder die Grenzen schließen und Grenzkontrollen einführen. Lügenpresse schallt es durch die Gassen. Gibt es auf der Welt eine freiere Presse als bei uns? Mit Sicherheit nicht. Trotzdem wird dies zig Mal wiederholt. Wird es dadurch wahrer? Ehrlich, wir hören nur die wenigen Hardliner, sie beherrschen die Nachrichten, sie geben anscheinend ein Bild der Bevölkerung ab. Es gibt Parteien bei uns die tragen ein C wie christlich in ihrem Namen. Es gibt sogar eine Partei die hat neben dem C sogar noch ein S wie sozial. Darauf sind sie auch ganz stolz. Doch wissen sie auch noch was Christsein bedeutet? Bedeutet Christsein Menschen auf der Flucht auszugrenzen, die vor Krieg und Terror flüchten? Bedeutet Christ sein, der viertgrößte Waffenexporteur der Welt zu sein ganz, knapp hinter China? Wir säen Waffen und ernten Menschen die vor diesen Waffen fliehen!

Die Evangelische Kirche in Deutschland schreibt: *Unsere Gesellschaft steht vor einer großen Herausforderung, aber auch unsere Kräfte sind groß. Wir sind dankbar für die vielfältige Hilfsbereitschaft! Allen, die ehrenamtlich oder beruflich, aus Kirche, Zivilgesellschaft, Staat und Politik helfen, eine Willkommenskultur zu leben und mit einem beispiellosen Einsatz für die schnelle und menschenwürdige Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen zu sorgen, danken wir von ganzem Herzen! Mit Entschiedenheit wenden wir uns gegen alle Formen von Fremdenfeindlichkeit, Hass oder Rassismus und gegen alles, was eine menschenfeindliche Haltung unterstützt oder salonfähig macht. Sorgen und Angst vor Überforderung müssen ernst genommen werden, dürfen aber nicht für menschenfeindliche Stimmungen missbraucht werden.*

Der katholische Magdeburger Bischof Gerhard Feige hat vor Abschreckungsmethoden, Pauschalurteilen und Diffamierungen in der Flüchtlingsdebatte gewarnt. Er führte aus: *"Im Umgang mit den Flüchtlingen wird sich zeigen, wessen Geistes Kind unsere Gesellschaft wirklich ist, ob sie satt und zufrieden nur um sich selbst kreist, sich ängstlich abschottet und fremde Not verdrängt oder ob sie weltoffen und*

fantasievoll mit dazu beiträgt, die anstehenden Herausforderungen konstruktiv und menschenfreundlich zu bewältigen."

Jemand mag hierzulande Ängste hegen, sei es vor sozialer Deklassierung oder einer ungewissen Zukunft, aber diejenigen, die aus Syrien, Afghanistan oder Eritrea nach Europa flüchten, tun dies selbstverständlich auch aus Angst. Und zwar aus der nackten Angst erschossen, gefoltert oder ausgehungert zu werden.

Auf die Frage, ob "wir das schaffen", kann man deshalb nur sagen: "Keine Ahnung. Aber versuchen wir es doch wenigstens."

Nach dem chinesischen Kalender ist 2016 das Jahr des Affen und steht unter dem Motto: Zeit für Fortschritt! Mit neuen und unkonventionellen Methoden schlagen wir in diesem Jahr dem Schicksal ein Schnippchen. Im Jahr des Affen sind wir gewiefter und raffinierter als sonst, und der Erfolg wird uns Recht geben. Selbst wirtschaftliche Flauten werden jetzt dank neuem Optimismus und pfiffigen Ideen gestoppt! Konfrontationen sind trotzdem kein Thema, denn die Stimmung ist gut. Wir nehmen es sportlich, denn wir merken: Jeder kommt mal zum Zug. Ein aufregendes und amüsantes Jahr 2016!

Hoffen wir, dass wir gemeinsam 2016 diesen Mut aufbringen und nicht nur darüber reden was nicht geht, sondern darüber, welche Möglichkeiten wir haben.

Wir stimmen den Verpflichtungsermächtigungen für die

**„Sanierung Turnhalle Hohnweiler“ 2'000.000 € in 2017,
Gesamt 4'080.000 €**

nicht zu.

Eine Verpflichtungsermächtigung ist eine Festlegung im Haushalt, mit der der Gemeinderat die Verwaltung ermächtigt, im Haushaltsjahr

Verpflichtungen einzugehen, die zu Aufwendungen in künftigen Haushaltsjahren führen.

Noch ein Wort zu unserem Verständnis – Der Gemeinderat ist die Vertretung der Bürger und das Hauptorgan der Gemeinde. Er legt die Grundsätze für die Verwaltung der Gemeinde fest und entscheidet über alle Angelegenheiten der Gemeinde, soweit nicht der Bürgermeister kraft Gesetzes zuständig ist oder ihm der Gemeinderat bestimmte Angelegenheiten überträgt. Der Gemeinderat überwacht die Ausführung seiner Beschlüsse und sorgt beim Auftreten von Missständen in der Gemeindeverwaltung für deren Beseitigung durch den Bürgermeister.

Aus diesem Grunde waren wir schon etwas verwundert im Mitteilungsblatt vom 28. Januar 2016 lesen zu müssen, dass sich Interessenten für ein Neubaugebiet im Bereich "Hauäcker" melden können.

Bis dato hat der Gemeinderat in einer nichtöffentlicher Sitzung **am 29.9.2014** den Beschluss zum **Kauf von Grundstücken** beschlossen. Laut Sitzungsprotokoll vom 20. Oktober 2014 haben Sie den Kauf unter Bekanntgaben auch öffentlich gemacht - keine Rede von einem Neubaugebiet "Hauäcker".

Ein Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes in einer öffentlichen Sitzung ist uns nicht bekannt.

Es kann nach unserer Ansicht nicht sein, dass hier die Verwaltung ohne Beschluss und vorheriger Diskussion und Beratung des Gemeinderates handelt und Fakten schafft. Wir zumindest lassen so nicht mit uns umgehen. Wir erwarten dass dieser Punkt dringend auf die Tagesordnung einer öffentlichen Sitzung gesetzt wird um über die mögliche Größe dieses möglichen Baugebietes beraten werden kann.

Die Unabhängige Wählergemeinschaft bedankt sich bei allen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern die sich um das Gemeinwohl verdient gemacht haben. Ohne Ehrenamtliche würde in unserer Gemeinde viel auf der Strecke bleiben. Vielen Dank auch an die

Bürgerinnen und Bürger die uns mit kritischen Fragen oder Tipps angeregt haben.

Vielen Dank auch an Sie Herr Glassl, heute können wir einen Monat früher als letztes Jahr verabschieden. Weiter so und wir schaffen es noch dies im Dezember zu erledigen. Dank auch an Sie, Herr Bürgermeister Ostfalk und allen Beschäftigten in der Verwaltung.

Wahlaufruf zur Landtagswahl in Baden-Württemberg am Sonntag, 13. März 2016.

Milliarden von Menschen würden gerne unseres frei, geheime, gleiche und unmittelbare (direkte) Wahlrecht ausüben und ihre Volksvertreter wählen. Und wir? Die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg im Jahr 2011 betrug 66,3 Prozent. Das bedeutet, dass jeder dritte Wahlberechtigte von seinem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht hat. Wahlberechtigt zu sein bedeutet, ich habe ein Recht zu wählen. So politikverdrossen, so unzufrieden, so enttäuscht kann ich gar nicht sein um andere über die Zusammensetzung meines Landtages bestimmen zu lassen. Ich lasse mir mein Wahlrecht nicht nehmen. Auch wenn ich mit der Politik zufrieden bin gehe ich extra zur Wahl um dies auch auszudrücken.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Franz K. Matyas

Fraktionssprecher der

Unabhängigen Wählergemeinschaft Auenwald